

Gedanken zur Gründung eines interdisziplinären Arbeitskreises Demokratie



„Nur wenn es demokratische Utopien gibt, ist die (Zukunft der) Demokratie gesichert.“
Tobias Doppelbauer, 2019

Die Verantwortung für die Leitung von politischen Gemeinschaften wird üblicherweise per Wahlen an unattraktive Parteien übertragen. Die daraus entstandene Parteidemokratie hat sich allerdings nach Ansicht von Emanuel Towfigh mittlerweile "offenkundig überlebt". Was es nun braucht sind breitenwirksame Aktivitäten zur Beschleunigung eines üblicherweise langsamem Erneuerungsprozesses der Demokratie in Richtung Etablierung eines birepräsentativen Modells auf allen Ebenen der Volksvertretung.

Nach ihrem erfolgreichsten Jahrhundert in ihrer zweieinhalb Jahrtausende währenden Geschichte zeigt die Demokratie Ermüdungserscheinungen. Oliver Marchart zufolge ist sie nicht nur „strukturell prekär“, sondern die „Prekarisierung des Sozialen“ stellt noch zusätzlich eine „Gefahr für die Demokratie“ selbst dar. Vergleichbar Herfried Münkler über „die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg und die [...] Empörung einer in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgesunkenen Arbeiterschaft [...]: In diesen Bevölkerungsgruppen findet eine liberale, weltoffene Politik keine Resonanz mehr.“ (S 97) Gleichzeitig entstehen zahlreiche Zellen der Erneuerung. Sie tragen unterschiedliche Namen wie Olympiaden der Demokratie, Bürgerbeteiligungssatzung, Citizens' Assemblies, Wisdom Councils, Ständiger Bürgerrat für Paris oder Bürgerdialog in Ostbelgien.

Partizipation ist mittlerweile nicht nur zum Schlagwort avanciert, sondern sie findet auch Einzug in viele Lebens- & Arbeitsbereiche, so auch in Form der „partizipatorischen Demokratie“ in den politischen Alltag. Allerdings gibt es zu deren Verbreitung Hürden zu überwinden. Katrin Praprotnik: „Generell muss man die Bürgerinnen und Bürger mehr einbinden. Und dann auf die Vorschläge angemessen reagieren. Es reicht nicht, zu fragen und dann zu ignorieren.“ (Kleine Zeitung, S 19)



Die Frage, wie zivilgesellschaftliche Allianzen und Politik bei der Lösung der großen Transformationsaufgaben zusammenwirken können und wie politische Entscheidungsträger_innen die zivilgesellschaftliche (Allianz-)Arbeit in politische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse einbinden können, wird zentral sein für das Gelingen der großen Zukunftsprojekte.

Mit gutem Beispiel geht hier bereits Rheinland-Pfalz voran: Ein „Rat zur Gestaltung und Begleitung des Strukturwandels“, kurz Transformationsrat, arbeitet seit 2020 an gemeinsamen Positionen und Maßnahmenvorschlägen. Die Ratsmitglieder kommen aus Gewerkschaften, Unternehmer_innenverbänden, Berufskammern, der Arbeitsagentur und der Landesregierung.

In Zukunft wären nochmals breiter aufgestellte Transformationsallianzen denkbar, zu deren Mitgliedern ebenfalls Vertreter_innen der Zivilgesellschaft gehören sowie gegebenenfalls gar geloste Bürger_innen, die den Prozess der politisch-regionalen Aushandlung miterleben und prägen. Die Vorteile solcher Transformationsallianzen lägen unseres Erachtens in einem breiteren Fach- und Erfahrungswissen, größerer Wirkkraft durch Multiplikationseffekte sowie einer höheren Legitimation durch Partizipation, die wiederum gesellschaftliche Widerstände reduzieren und das Umsetzungstempo erhöhen dürfte. Es ist also sehr ratsam, bundesweite Räte, die einen gerechten Strukturwandel begleiten sollten, so zu gestalten, dass auch Mitglieder aus der (lokalen) Zivilgesellschaft am Tisch sitzen.

Quelle: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19258.pdf>, S 40

„Die aktive Zivilgesellschaft auf den Straßen begehrte zwar auf, sie ist aber meist nicht in der Lage, die staatlichen Gewaltverhältnisse nachhaltig zu ändern.“

Sieglinde Rosenberger, 2023

Gemeinwohl-Checks von Gesetzen & Verordnungen

So meinte auch Caritas-Präsident Dr. Michael Landau im Jänner 2020: „Wir würden uns beispielsweise wünschen, dass künftige Gesetze und Verordnungen nicht nur einem Klima-Check, sondern auch einem Armut-Check unterzogen werden, also jeweils überprüft wird, dass sie Kinder- und Altersarmut sinken und nicht steigen lassen.“ (Kurier, 2020-01-12)

Ähnliche Ambitionen hegt Andreas Kollross in seiner Funktion als Bürgermeister der niederösterreichischen Gemeinde Trumau: "Wer auf Bundesebene Aufgaben und Auswirkungen auf die Gemeindeebene beschließt, hat auch für die finanzielle Deckung zu sorgen. Ein verpflichtender Gemeindecheck diesbezüglich würde da schon genügen." Diese Aufgabe verortet er in einem mit "mehr Kompetenzen" ausgestatteten Bundesrat. Auch eine Zukunftsammer des WBGU oder ein Bundes- & Gemeinwohrlrat könnten diesen Wunsch erfüllen. Ebenso ließe sich nach Hubertus Buchstein das „Demokratiedefizit der Europäischen Union“ durch die „Einführung einer gelosten Zweiten Kammer des Europäischen Parlaments [...] reduzieren, denn ein solches House of Lots‘ (Haus der Ausgelosten) trüge gleichzeitig zur Stärkung der Beteiligung der Bürger als auch zur sachlichen Qualität von politischen Entscheidungen auf Ebene der EU bei.“

Eine **Instanz zu etablieren**, die im Sinne des **Gemeinwohlcontrollings** von Gesetzen fungiert, benötigt **verfassungsrechtliche Anpassungen**. Diesbezüglich liefert das **ökumenische Sozialwort 2003** den Hinweis, wonach Kirchen damit verbundene Prozesse unterstützen würden.

Option für die Schwachen und Benachteiligten

(315) Heute wollen die christlichen Kirchen Stimme der Stimmlosen sein, sich für die Integration von Menschen am Rande einzusetzen, und Orte der Begegnung und Kommunikation bieten. Die Kirchen werden sich zu Wort melden, wo immer auch durch gesellschaftliche Entwicklungen Gefahren drohen.

Verantwortung in der Demokratie

(316) Christinnen und Christen leben in Österreich in einem demokratischen Staat, der die Würde jedes Menschen anerkennt und den Menschenrechten verpflichtet ist. Zu seinen wesentlichen Zielen gehört das Wohl jeder einzelnen Person, das in das **Gemeinwohl** der Gesellschaft mündet. Dabei geht es um einen ständig neu zu ermittelnden Interessenausgleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Kirchen wissen sich aus ihrem Sendungsauftrag verpflichtet, in diesen gesellschaftlichen Dialog **ihre Stimme einzubringen**. In ihrer Öffnung zur Welt stärken sie eine offene, demokratische Gesellschaft und die Selbstbestimmungskräfte der Zivilgesellschaft. Diese Anliegen suchen sie auch im Prozess der Erarbeitung einer neuen Österreichischen Verfassung zu vertreten.

Weitere Details siehe
<https://twitter.com/AmoWeiner/status/1261296009931632640>

Quelle: Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, http://www.oeukumene.at/dhsu/m/K/kmmn/jga/KJK/Sozialwort_2003.doc

Im Anschluss an diesen Text aus dem ökumenischen Sozialwort 2003 ist auf Seite 51 eine Einladung formuliert „an einzelne, an kirchliche und gesellschaftliche Initiativen und Einrichtungen [...], sich die Anliegen des Sozialworts zu eigen zu machen und gemeinsam weiterzuführen.“

Georg Mair: „Macht braucht Kontrolle. Ohne Opposition keine Demokratie.“ Eine Kontrolle durch die Vielen allerdings, also durch den Souverän im Sinne von J. J. Rousseau, gibt es nur ohne den Klubzwang in den von *Partikularinteressen (Lobbies)* – *Bildungseliten* nach Michael J. Sandel inklusive – beeinflussten politischen Parteien. Um ihre volle ausgleichende Wirkung – mitunter auch gegen eine „Politik der Gesprächsverweigerung“ – entfalten zu können, benötigt sie eine permanent eingerichtete Institution mit Abgeordneten, die „großzügig Zeit und Energie an die Gesellschaft“ verschenken.

Selbst wenn sie über die Welt der Kommunen hinausreichen, gehen die meisten Initiativen zur Förderung und Stärkung der Demokratie allerdings „nur“ (gewiss: Demokratie braucht „zunächst informierte Bürger“) den langen Bildungsweg der Aufklärung – vorzugsweise mit Jugendlichen. Und auch die programmatischen unter ihnen gehen mit ihren Forderungen für mehr *direkte Demokratie* mittels „Volksbegehren und Volksentscheiden“ nicht weit genug. Mitunter führt Bildung sogar in eine demokratiepolitische Sackgasse: vgl. Michael J. Sandel. So bliebe

Gemeinwohlkorrektur hinter ihren

Möglichkeiten zurück, sollte sie nur individuell-präventiven Ansprüchen genügen. Deshalb ist sie über all die sonstigen Anstrengungen hinaus auch institutionell (> Kelsen/Popper) zu denken, zu planen und zu realisieren. Selbst eine drohende „*Vetokratie*“, wie sie Francis Fukuyama bereits in den USA ortete, lässt diesen weiterhin verkünden: „Aber liberale Beschränkungen der Macht sollten als eine Art Versicherungspolice gesehen werden“ (S 106), denn „die Machtausübung überhaupt nicht zu beschränken, ist und bleibt ein gefährliches Versäumnis, weil wir die Identität zukünftiger Machtinhaber nicht im Voraus kennen können.“ (S 107)

In der Zwischenzeit gibt es in Deutschland einen Regierungsentwurf für ein #Demokratiefördergesetz: bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat..., das „#Mitbestimmung, Teilhabe und Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung“ zum Idealfall erklärt: web.archive.org/web/2023020809..., S 15.

Im Text wird zwar Empowerment erwähnt, doch von politischer #Mitentscheidung: gemeinwohldesigning.net/2021... als Ergänzung zur #Parteidemokratie ist nichts zu lesen.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Demokratiefördergesetz&oldid=109826482615216360>

Erfüllen denn diese Politiker tatsächlich diese Erwartung?

Man muss sich einfach bewusst sein, dass man sich Vorteile mit Nachteilen erkauf. In einer Demokratie gibt es eine starke Gewaltenteilung. Diese ist besonders wichtig, wenn sich ein Politiker wenig um die Grenzen der Machtausübung kümmert. Doch die Lösung für eine Handlungsschwäche liegt nicht einfach darin, eine einzelne starke Figur zu wählen, sondern Institutionen zu schaffen, die es einfacher machen, gemäss den Gesetzen effizient zu handeln und gute Kompromisse auszuhandeln. Jetzt haben wir in den USA ein langsam, kompliziertes System, das ich *Vetokratie* nenne – regieren per Veto. Die Unzufriedenheit mit dieser Situation führen viele Bürger auf die Demokratie zurück. Deshalb wählten sie Trump.

Quelle: <https://magazin.nzz.ch/notizen/francis-fukuyama-ende-geschichte-ist-vertragt-1d.152130>

Konservative profitierten durch stark ausgeweitetes Wahlrecht
Zunehmende Klassenvielfalt akzeptieren und damit Demokratie festigen

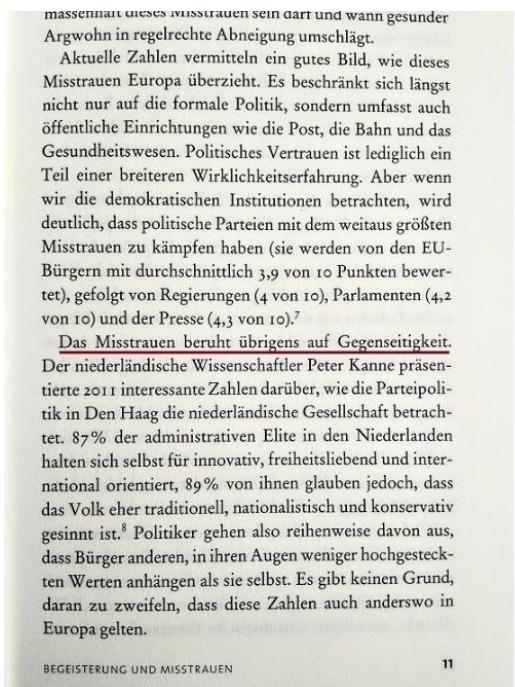


<https://hoffmann-und-campe.de/products/59956-der-liberalismus-und-seine-feinde>

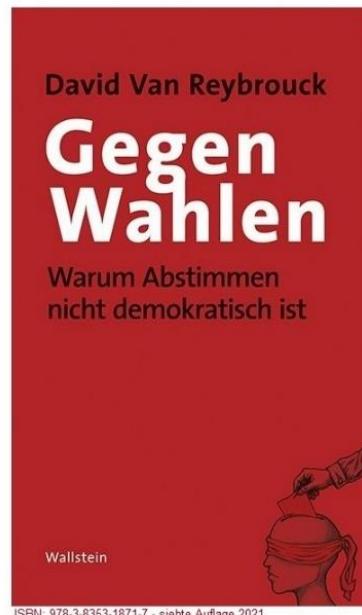
Die britischen Konservativen hingegen reagierten anders: Sie akzeptierten den sozialen Wandel und versuchten, ihn zu steuern. So setzte der konservative Premierminister Benjamin Disraeli 1867 das Zweite Reformgesetz durch, durch das das Wahlrecht stark ausgeweitet wurde. Dafür wurde er von seinen Parteifreunden als Verräter an seiner eigenen Klasse angeprangert. Aber wie Daniel Ziblatt zeigt, legte Disraeli damit den Grundstein für die anschließende Dominanz der Konservativen in der britischen Politik, die den Rest des Jahrhunderts prägte. Wie sich herausstellte, entdeckten die neuen Wähler viele weitere Gründe, konservative Politiker zu wählen, beispielsweise deren Patriotismus und Unterstützung des Empire. Es waren somit die Konservativen, die die britische Demokratie weiter festigten, indem sie den sozialen Wandel und die sich daraus ergebende zunehmende Klassenvielfalt akzeptierten. (S 178)

„*Jede grundsätzliche Zunahme der Organisationshöhe erfordert zusätzliche Kontrollen zur Verringerung der Fehlerrate.*“

Gemeinwohlcontrolling hat zwecks Vermeidung von volkswirtschaftlichen Nachteilen, Umweltschäden und/oder menschlichem Leid dort anzusetzen, wo Gesetze und Verordnungen verabschiedet werden. Dazu braucht es einen (durchaus föderal organisierten) institutionalisierten Pluralismus, der beispielsweise mithilfe eines **interdisziplinären "Arbeitskreises Demokratie"*** seiner politischen Realisierung zugeführt wird.



Ein Plädoyer für das demokratische Losverfahren



Bernard Manin beschrieb in *Principes du gouvernement représentatif* (1995), "wie man sich gleich nach den Revolutionen in Amerika und Frankreich bewusst für das elektoral-repräsentative System entschied. Und zwar: um den Tumult der Demokratie vor der Tür zu halten! Das Repräsentativsystem errichtete man in vollem Bewusstsein, dass die gewählten Vertreter angesehene Bürger sein würden und sein sollten, die sich sozial von ihren Wählern abhoben." Ein aristokratischer Reflex lag unserer modernen Demokratie mit zugrunde." (S 71)

"Der Rat der 500 war das zentrale Regierungsorgan der athenischen Demokratie: Er bereitete die Tagesordnung der Volksversammlung (*Ekklesia*) vor, er kontrollierte die Finanzen, die öffentlichen Arbeiten und die Magistrate, er war sogar für die diplomatischen Beziehungen mit benachbarten Mächten verantwortlich. Kurzum: ausgelöste Bürger bevölkerten das Nervenzentrum der Macht." (S 72)

"Bei Aristoteles heißt es unumwunden: 'Es gilt z. B. für demokratisch, die Staatsmänner (*arché*) durchs Los, und für oligarchisch, sie durch Wahl zu besetzen.' Obwohl Aristoteles selbst Befürworter einer Mischform war, stellte er den Unterschied zwischen Losverfahren und Wahl heraus, indem er Ersteres demokratisch nannte und Letzteres nicht. Das zeigt sich auch an anderen Stellen in seinen Schriften. Über Sparta schrieb er etwa, dass die Verfassung dort 'viel Oligarchisches an sich hat, wie zum Beispiel, dass alle Staatsbeamten durch Wahl ernannt werden und keiner durch Los'. Das Losverfahren galt ihm als wahrhaft demokratisch." (S 74)

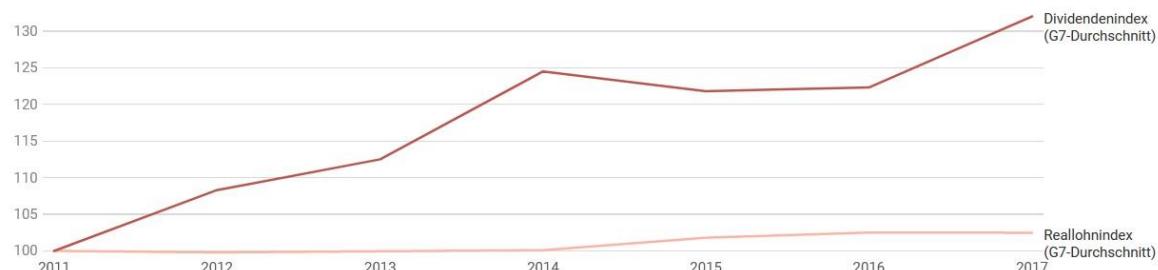
Diese Lehren zieht David Van Reybrouck ua aus seinem „flüchtige[n] Überblick über die Geschichte“: „Der Gebrauch des Losverfahrens fiel häufig mit dem Höhepunkt von Wohlstand, Prosperität und Kultur zusammen“, das Losverfahren sorgte für „weniger Konflikte und größere Beteiligung der Bürger“, es wurde „immer in Kombination mit Wahlen praktiziert, um Kompetenz zu garantieren“** und „Staaten, die das Losverfahren anwandten, erlebten häufig Jahrhunderte der politischen Stabilität, trotz großer interner Unterschiede zwischen rivalisierenden Gruppen.“ (S 82 f)

Eva M. Welskop-Deffaa (2017, S 477):

„Es braucht eine Ermutigung aller Wählerinnen und Wähler, gerade auch derer in prekären Lebenslagen, mit ihrer Stimme ihre politischen Prioritäten zum Ausdruck zu bringen und ‚ihren‘ Kandidat/innen den Einzug in die Parlamente zu ermöglichen, so dass diese Responsivität und Repräsentativität verlässlich gewährleisten.“

Entwicklung von Dividenden auf Aktien und den Reallöhnen

Im Jahr 2017 lag der Index der Dividenden auf Aktien in den Staaten der G7 um fast ein Drittel höher als 2011. In der gleichen Zeit blieben die Reallöhne praktisch gleich.



G7: Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien, USA
Quelle: Oxfam • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Grafik: <https://www.moment.at/story/arme-frauen-reiche-maenner-wie-die-schere-weiter-aufgeht>

Per Klick auf das folgende Bild zur Zwischenbemerkung mit Argumenten für die gemeinwohlfördernde Wirkung von Partizipation:

Es werden aber, und hier folge ich dem belgischen Historiker David van Reybrouck, diese Anstrengungen im 21. Jahrhundert nicht ausreichen, um die repräsentative Demokratie zukunftsfähig zu erhalten. Nicht erst die neuen Einflussmöglichkeiten durch ‚soziale Medien‘ lassen Wahlkämpfe zu einer Reality Show mutieren, die Demokratie als Spektakel (auf privaten und öffentlichen Fernsehbühnen) inszeniert und Teilhabe des Volkssouveräns oft nur noch simuliert. In den USA haben wir bei den Präsidentschaftswahlen 2016 erschreckt beobachten können, was alles (technisch) möglich ist und was alles (politisch) eingesetzt wird, um mit zielgruppengerecht aufbereiteten reißerischen Botschaften, deren Wahrheitsgehalt nicht entscheidend ist, (via Facebook, Twitter und Instagram...) Emotionen zu schüren und Wahlentscheidungen in Echtzeit zu beeinflussen.“

In Anlehnung an die „[Pass Egal Wahl](#)“ von SOS-Mitmensch könnten wir wiederkehrende [Demokratie-Festspiele](#) veranstalten und dabei einen „[Festtag der befreienden Dialoge](#)“ ausrufen. Möglich, dass es zuvor noch – wie bei der [fragmentierten Social Economy](#) (S 8) – die Erarbeitung einer *Deklaration* braucht als „Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen“, die schließlich über die Umsetzung des „[Europäischen Aktionsplans für Demokratie](#)“ hinausreicht. Vermutlich braucht es aber auch so etwas wie die [belgische Plattform G1000](#) zwecks Planung und Durchführung von demokratischen Innovationen im Sinne von [James Fishkin](#).



Ergänzende Anmerkungen: Die im Beitragsbild erwähnte „[Resiliente Demokratie](#)“ bezieht sich auf den gleichnamigen Workshop anlässlich der [Tagung22](#) des Armutsnetzwerks Steiermark. Hinweis von Bischofsvikar Dr. [Heinrich Schnuderl](#) auf die [Worte von Papst Franziskus](#): „Wir müssen uns in die Politik einmischen, denn die Politik ist eine der höchsten Formen der Nächstenliebe, denn sie sucht das Gemeinwohl. Und die Laien müssen sich in der Politik einsetzen.“ In „[Kirche muss Politik](#)“ gibt es weitere Informationen dazu.

Auch wenn der „[Europäische Aktionsplan für Demokratie](#)“ wichtige Schritte in die richtige Richtung beschreibt, so geht er dennoch nicht weit genug, denn Deliberation endet vor dem „[Mitentscheiden](#)“ und „[bürgerschaftliches Engagement](#)“ ignoriert die Bestrebungen einer „[Pass Egal Wahl](#)“ und die daraus gewonnenen Erfahrungen: [Am besten ist, wenn alle mitmachen](#) (> [weitere Überlegungen](#) von Cristina Lafont).

*| Zum Begriff „interdisziplinärer Arbeitskreis Demokratie“ am 23. 11. 2022 als älteste und einzige Eintragung im Internet gefunden: „[Runder Tisch und direkte Demokratie](#)“ – mit inhaltlichen Bezügen bis ins Jahr 1997 zurück

**| Sich auf Montesquieu und [Rousseau](#) beziehend schlussfolgert Van Reybrouck: „Die zwei wichtigsten Bücher über politische Philosophie aus dem achtzehnten Jahrhundert stimmen [...] darin überein, dass das Losverfahren demokratischer sei als Wahlen und dass eine Kombination beider Methoden für eine Gesellschaft von Vorteil sei. Die aleatorischen und elektoralen Verfahren könnten einander stärken.“ (a. a. O., S 85; vgl. [Hubertus Buchstein](#))

Anhang

Partizipative Demokratie gegen Strukturen der Ungleichverteilung



Unser stärkstes Instrument ist die Demokratie an sich, die sicherstellt, dass wir Bürger*innen am Ende diejenigen sind, die entscheiden, was rechtlich zulässig ist und was nicht. ...

Denn die Freiwilligkeit, das zeigen uns viele Beispiele, funktioniert nicht, um gerechte Löhne zu zahlen und die Ausbeutung von Beschäftigten zu verhindern. (S 22)

Offenbar sind die Strukturen der Ungleichverteilung so resistent, dass wir uns dagegen machtlos fühlen, obwohl wir in einer Demokratie leben und damit als Bürgerinnen und Bürger die Gesetze bestimmen könnten. ...

Was fehlt, ist die Vernetzung. Was fehlt, ist aber auch das Bewusstsein darüber, dass wir viele sind, die an einer neuen Erzählung arbeiten, die von Ermächtigung und Partizipation geprägt ist. (S 152)

ARGE Gemeinwohldcontrolling
MIND THE GAP

Bereits im Jahr [2005](#) stellte Armin Nassehi fest: „*Im 20. Jahrhundert haben wir gesehen, dass alle Diktaturen ökonomisch gescheitert sind.*“ Deshalb sollten wir bei unseren Bestrebungen diesen anderen Gedanken von ihm immer wieder erneut in Erinnerung rufen: „*Demokratie heißt Partizipation und Partizipation braucht Zeit. Überzeugungszeit.*“

In dieser Hinsicht ist es dann nicht verwunderlich, wenn sich die AK Wien nach neun Jahren „Pass Egal Wahl“ erst im Jahr 2022 erstmals daran [beteiligte](#).

„Außerdem korrespondieren sie mit den in der Wissenschaft (zuletzt Gastil/Wright 2018) schon länger getätigten Überlegungen, die zweite Kammer der Landes- und/oder Regionalparlamente durch gelöste BürgerInnenversammlungen zu ersetzen beziehungsweise Einkammernsysteme um eine solche zweite Kammer zu ergänzen. Für Österreich würde dies auf Nationalstaatsebene bedeuten, den Bundesrat als Bürgerrat neu zu gründen.“

Zur Reform des Bundesrates

Lehren eines internationalen Vergleiches der Zweiten Kammern

Roland Sturm [\(i\)](#)
07.07.2003 / 20 Minuten zu lesen



Der deutsche Bundesrat ist im internationalen Vergleich eine besondere Institution. Ein Vergleich mit Zweiten Kammern soll ein mögliches Reformpotential für die deutsche Debatte ausloten.

Für eine Zweite Kammer völlig ungewöhnlich ist das [imperative Mandat](#), das für die Mitglieder des Bundesrates gilt. Sie sind an die Beschlüsse der Landesregierungen gebunden. Die [Regel für Parlamente](#) in repräsentativen Demokratien ist dagegen nicht das imperiative, sondern das [freie Mandat](#): Der gewählte Volksvertreter oder die Abgeordnete einer Region, eines Standes, einer Kommune [soll bei seinen bzw. ihren Entscheidungen in der Zweiten Kammer letztendlich nur seinem/ihrem Gewissen verpflichtet sein](#), auch wenn dies Fraktionsdisziplin in der einen oder anderen Form nicht ausschließt. Noch ungewöhnlicher ist aus vergleichender Perspektive der Zwang zur einheitlichen Stimmabgabe nach Artikel 51 (3) Grundgesetz, den das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 18. Dezember 2002 bestätigt hat. Dieser Zwang wäre ohne imperatives Mandat nicht durchzuhalten, dehnt dieses aber gleichzeitig auf die Repräsentation eines Landes insgesamt aus.

Quelle: <https://web.archive.org/web/20221104201357/https://www.zph.de/zph/zeitschriften/iquz/27503/zur-reform-des-bundesrates>

Am Ende der beiden FREDA-Veranstaltungen „[Salonabend: Mehr Demokratie wagen!](#)“ und dem Workshop „[Demokratie statt Krise](#)“ mit Tamara Ehs werden nun auch die möglichen

Arbeitsfelder

für einen „Arbeitskreis Demokratie“ klarer sichtbar:

A) Bewusstseinsbildende Maßnahmen und Arbeit an den Strukturen

Partizipative Konzepte werden üblicherweise so verstanden, dass die vielen Stimmen im Vorfeld politischer Entscheidungen gehört werden. Im Vergleich zu dem was idealtypisch erstrebenswert oder zumindest möglich ist, gibt es für die tägliche Praxis noch viel Luft nach oben. Die folgende Auswahl an mittlerweile zahlreichen Beispielen zeigt den vorhandenen Willen zur Umsetzung:

- die „[Pass Egal Wahl](#)“ insgesamt und an den [Schulen](#)
- die [partizipative Kinder- und Jugendmillion](#) der Stadt Wien
- die [Lange Nacht der Partizipation](#)
- [Praxisdatenbank](#) mit weiteren Beispielen
- Bereits in die allgemeinen Entscheidungsstrukturen einer Gemeinde integrierte Bürgerbeteiligung: [Bürgerbeteiligungssatzung](#) in Weyarn (Bayern)
- Berichte über [Bürgerräte](#) im Bundesland [Salzburg](#)
- [Ständiger Bürgerrat für Paris](#)
- [Bürgerrat Demokratie 2019](#) > [Bürgerrat.de](#) > [Democracy R&D](#)



B) Gemeinwohlkorrektur von Parlamentsentscheidungen

Sofern die in einer Kammer mit gewählten Abgeordneten getroffenen Entscheidungen nicht ausreichend partizipativ zustande gekommen sind, gilt das Wort: „Macht braucht Kontrolle“. In einem Artikel aus dem Jahr 2003 zur [Reform des Bundesrates](#) in Deutschland heißt es dazu:

„In vordemokratischen Zeiten wurde die Fähigkeit der Gemeinwohlsicherung sozial hervorgehobenen Persönlichkeiten zugeschrieben. Mit dem britischen Oberhaus hat sich bis heute eine solchermaßen geprägte Institution erhalten. Die Form der Bestellung, die sich mit der Idee der Gemeinwohlkorrektur von Parlamentsentscheidungen verbindet, ist diejenige der vererbten Mitgliedschaft in der Zweiten Kammer oder moderner: der Ernennung.“

Seit damals wurde dieses Feld [nicht](#) oder nur in qualitativ vergleichbaren Einzelfällen (siehe [Ostbelgien](#) und [Weyarn](#)) weiter bearbeitet und so gibt es über den praktizierten [Bikameralismus in der Schweiz](#) hinaus lediglich einige wenige weitere Anregungen und Wünsche: [Zukunftsammer](#), [Gemeinwohlrat](#), [Armut- & Gemeindecheck](#) sowie Plädyoyer für ein [birepräsentatives Modell](#) der Volksvertretung

„In Anlehnung an Wright (2017) sind insgesamt sieben Elemente für eine gelingende Partizipation innerhalb demokratischer Verfahren zentral. Partizipation sollte, laut Wright, nach einem Bottom–Up–Prinzip erfolgen. Die Partizipierenden sollen nicht nur die Möglichkeit bekommen, ihre Ansichten zu öffentlichen Angelegenheiten zu äußern, sie sollen zudem auch direkt in die Entscheidungsfindung mit eingebunden werden (1). [...] Die dezentralen und deliberativen Elemente der Entscheidungsfindung gilt es dabei durch die höheren staatlichen Instanzen fest und dauerhaft zu institutionalisieren (6).“

Quelle: „[Leblose Demokratie: Die Krise der Partizipation?](#)„, S 7

Perspektiven für politisch Engagierte

„Diese neuen Instrumente sind wertvoll, zumal die organisierte Zivilgesellschaft heute weniger zu sagen hat. Aber sie greifen noch immer viel zu kurz. Die Bürgerinitiative bringt die Nöte des Volkes an die Tür des Gesetzgebers, als handelte es sich um Milchflaschen. Nicht weiter. Bei einem Referendum darf das Volk einen fertigen Gesetzentwurf aus dem Fenster entgegennehmen. Nicht eher. Erst dann darf es sich mit Schaum vor dem Mund darauf stürzen. Gespräche mit dem Ombudsmann finden wiederum im Garten statt: weit vom legislativen Prozess entfernt. Nicht näher.“

David Van Reybrouck, a. a. O., S 169 f



Wichtig ist festzuhalten, dass sich aus dem Bürgerratsmodell, wie es in Vorarlberg verwirklicht ist, keinerlei Verpflichtung zur direkten Umsetzung für die Landesregierung und/oder den/die Bürgermeister:in der jeweiligen Gemeinde ableiten lässt. Dies wäre auf Grundlage der österreichischen Bundesverfassung sogar verboten, wie der Verfassungsgerichtshof umfassend 2001 und nochmals 2020 verdeutlichte:

Der Vorarlberger Landesgesetzegeber hatte 1999 die Landesverfassung geändert, um eine Volksgesetzgebung zu ermöglichen. Die neue Regelung hätte gestattet, dass ein von mindestens 20 % der Stimmberechtigten unterstütztes Volksbegehrung zwingend einer Volksabstimmung zu unterziehen ist. Ihr Ergebnis wäre bindend. Der Verfassungsgerichtshof erkannte in dieser Gesetzesänderung ein Konkurrenzmodell zum parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren und hob die Bestimmung 2001 auf, weil sie im Widerspruch zum Grundprinzip der Bundesverfassung, das auch für die Gemeindeorganisation Geltung hat, steht. Er begründete damit ein Erkenntnis aus dem Jahr 1993: „Die Verfassung Österreichs folgt dem repräsentativ-demokratischen, parlamentarischen Grundkonzept, welches auch die Gemeindeorganisation mitprägt“ (VfSlg 13.500/1993). Die Volksgesetzgebung musste deshalb wieder aus der Vorarlberger Landesverfassung gestrichen werden. „Zu Folge der in Prüfung gezogenen Regelung könnte letztlich jedes beliebige Gesetz im Wege dieser ‚Volksgesetzgebung‘ erlassen werden. Damit wird aber ein Konkurrenzmodell zum parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren konstituiert, das mit dem repräsentativ-demokratischen Grundprinzip der Bundesverfassung nicht mehr vereinbar ist“, so der Verfassungsgerichtshof in seiner Begründung (VfSlg 16241/2001). In einem jüngeren Prüfungsbeschluss aus dem Jahr 2020 bekundete der Verfassungsgerichtshof nochmals: „Ein Recht auf Volksgesetzgebung kommt der Bevölkerung in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde verfassungsmäßig nicht zu“ (G166/2020 ua [G166-168/2020, V340/2020]).

vielmehr auch dann abzulehnen, wenn der „Nachteil für kleinere Parteien“ durch begleitende Maßnahmen wie zB ein „[sorgfältiger Umgang mit Volksbegehren](#)“ relativiert werden soll. Die Idee der

Wenn auch aus anderen Überlegungen heraus, aber immerhin gibt es hinsichtlich der Einsetzung einer Parlamentsreform-Kommission eine auf [Rita Süssmuth](#) verweisende [erste Anregung von Helmut Brandstätter](#) nach dem Downgrading Österreichs von einer liberalen zur [Wahldemokratie](#). Wenngleich die empirische Haltbarkeit dieser Herabstufung berechtigterweise zu hinterfragen ist, dennoch trifft sie auf [umfangreich formulierte Bedürfnisse](#) aus Sicht der Opposition: Jörg Leichtfried mahnt deshalb auch die [Stärkung des Parlaments](#)“ ein. Die Einführung eines [Mehrheitswahl](#)rechts würde dabei auch keine Verbesserung erwarten lassen. Dieses ist



Mehr Demokratie wagen: Machen wir einen mutigen Schritt nach vorne und ersetzen den machtlosen und teuren Bundesrat durch einen Bürgerrat als zweite Kammer des Parlaments. In diesem sitzen künftig 100 per Los gezogene Personen (50 Männer, 50 Frauen) aller Altersschichten und Lebenshintergründen. Und wir statten den neuen Bürgerrat mit Machtbefugnissen aus. So muss zum Beispiel jedes Gesetz den neuen Bürgerrat passieren, um Gültigkeit zu erlangen.

Quelle: <https://www.wandel.at/vision>, 2022-11-29

Aufwertung des Bundesrates (siehe „[Bundesrat als Volkskammer](#)“) und der Landtage durch zusätzliche, „Staats- und Landesgrenzen überschreitende Aufgabenstellungen“ behalten wir allerdings weiterhin im Auge, denn die zweite Kammer des Parlaments könnte doch tatsächlich durch „[demokratische Losverfahren](#)“, im Sinne eines [institutionalisierten Pluralismus](#) gestärkt werden.

Schließlich beginnt auch Herfried Münkler im Zuge seiner Überlegungen über die [Zukunft der Demokratie](#) darüber "nachzudenken, ob und wie veränderte Formen des bürgerschaftlichen Engagements eine nachhaltige Umkehr der jüngeren Entwicklung des Wahlverfahrens durch eine aleatorische Aufgabenzuweisung - also ein Einsatz, der von Los und Würfel bestimmt wird - die mit der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger in radikaler Weise ernst macht, bis hin zu organisatorisch offenen Formen der Bürgerbeteiligung, bei denen auch jene in Entscheidungssituationen versetzt werden, die sich sonst nie politisch engagieren würden." (S 167) Sein letzter Satz im Buch ist ein unmissverständlicher Aufruf, in diese Richtung zu handeln: "Eine Demokratie ohne Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist nicht überlebensfähig - wenn sie eine Zukunft haben soll, müssen vor allem in diesem Bereich neue Ansätze entwickelt werden." (S 176)

Der Weg zu mehr *direktdemokratischer* Bürgerbeteiligung führt allerdings nicht weit genug (vgl. [Van Reybrouck](#) w. o.), denn er endet noch vor einer partizipativen Mitentscheidung (s. a. [András Jakab](#)). Diese wiederum ist als verfassungswidrige „[Volksgesetzgebung](#)“ (S 19) zu verstehen und als solche dürfen ihre Arbeitsergebnisse zu „keinerlei Verpflichtung zur direkten Umsetzung“ in „repräsentativ-demokratischen“ Gremien führen. Währenddessen trifft diese Verfassung auf parteipolitische Interessen, die trotz vorheriger Zustimmung „im Rahmen eines Entschließungsantrags für die Umsetzung des Gremiums“ [Klimarat](#) zu dieser Wortmeldung des ÖVP-Umwelt- und Klimasprechers Johannes Schmuckenschlager führten: „Ich kritisiere nicht die Bürger, die sich da engagieren, aber ich kritisiere das Gremium als Institution.“ (in: [Der Standard](#), 11. Juni 2022)



SALON GROSSES HAUS I TREFFPUNKT FOYER

"Gehe auf einen Zirkel von Menschen zu. Umarme sie. Lass sie teilhaben. Lade sie immer wieder ein. Schaffe einen Salon im Sinne des Wortes. Ziehe eine roten Kreis. Rede mit den Menschen."

Max Dax

Im ehemaligen Malsaal, unter dem Dach des Großen Hauses, entsteht ein neuer Raum. Im „Salon“ schaffen wir Platz für unterschiedliche Formate, gemeinsame Diskussionen, Gespräche und Gedankenexperimente, die sich an der Schnittstelle von Kunst und Wissenschaft, Philosophie und Politik, aber auch Ideal und Realität bewegen. Wir begegnen uns regelmäßig, tauschen Wissenswertes aus, lernen Neues und suchen den Dialog. Dazu laden wir Menschen aus verschiedenen Bereichen ein – Künstler:innen, Wissenschaftler:innen, Politiker:innen, Aktivist:innen – um gemeinsam mit dem Publikum einen roten Kreis zu ziehen. Sowohl um die thematischen Schwerpunkte einzelner Inszenierungen, als auch um die drängenden Fragen, die unsere Gesellschaft abseits der Theaterbühne beschäftigen.

Quelle: <https://stadtheater-giessen.de/en/events/extras/salongespraeche>

Die Arbeit von James Fishkin führte einen waren *deliberative turn* in den politischen Wissenschaften herbei. Dass deliberative Demokratie dem todkranken Leib der elektoral-repräsentativen Demokratie einen kräftigen Impuls geben kann, wird von keinem seriösen Wissenschaftler mehr bezweifelt. Bürgerbeteiligung meint nicht nur demonstrieren, streiken, Petitionen unterschreiben zu dürfen und andere Formen erlaubter Mobilisierung im öffentlichen Raum, sondern muss auch institutionell verankert werden. [...] Jedes Mal führte die Beratung zu einer neuen Gesetzgebung.

[David Van Reybrouck](#), in: [Gegen Wahlen](#), S 117 f

Mehr Demokratie auf nationaler Ebene via partizipative Bestellung von Abgeordneten für den Bundesrat

Eine Änderung der Geschäftsordnung des Bundesrates mit Blick auf eine besondere Anwendung des Art. 35 (2) könnte ausreichen, um sowohl eine kommunalpolitische als auch zivilgesellschaftliche Aufwertung des Bundesrates zu erzielen, denn gemäß dieser Bestimmung **müssen Mitglieder des Bundesrates nicht dem Landtag angehören**. Die Geschäftsordnung des Bundesrates könnte somit vorsehen, dass dessen Mitglieder beispielsweise auch aus einem nationalen Klimarat, aus Gemeinderäten,

Die #Demokratie sei resilenter als erwartet: "Das habe vor allem auch damit zu tun, dass besonders dort, wo die Demokratie besser verankert und alteingesessenen ist, die #Institutionen robust geblieben seien."

"Und Walter Feichtinger ergänzt, dass die Demokratie nicht automatisch stärker sei, sie müsse ständig neu gestärkt werden."

"Man muss die Menschen mehr in die Pflicht nehmen, Verantwortung zu tragen."



Die Demokratie zeigt Rückgrat

13] Neben der klassischen **Zivilgesellschaft** sind möglicherweise auch die Gemeinden betroffen genug, um sich für dieses Thema zu begeistern. Im (anhaltenden) Kampf gegen Zentralisierungstendenzen meint nämlich **Alfred Riedl** in seinem Beitrag „**„Subsidiarität neu denken?“** „Wenn die Kommunen mehr Verantwortung übernehmen sollen, dann müssen sie auch finanziell dementsprechend ausgestattet werden.“

regionalen Sorgeräten oder (ebenfalls noch zu gründenden) Zukunftsräten entsendet werden. Gelten soll dies jedenfalls für „alle, die

hier leben„. Inwieweit die über 100 Jahre geübte Praxis der **Bestellung von Abgeordneten für den Bundesrat selbst den geforderten „repräsentativedemokratischen Grundsätzen“** (siehe oben: „verfassungswidrige Volksgesetzgebung“) entspricht ist gesondert zu klären (vgl. Roland Sturm). In diesem Zusammenhang wäre es aber auch interessant zu wissen, ob einzelne Landtage bereits vor einer allfälligen Änderung der Geschäftsordnung des Bundesrates zu einer zeitgemäßen Form der Bestellung von Abgeordneten für den Bundesrat bereit sind.



In den vergangenen Jahren ist die Idee einer Loskammer auch in England verschiedentlich aufgegriffen worden. Anthony Barnett und Peter Carty schlugen im Kontext der Debatten in der Labour-Party über die Zukunft des 'House of Lords' vor, die zweite Kammer nicht abzuschaffen oder ihre Kompetenzen einzuzäunen, sondern den Bestellungsmodus dahingehend zu ändern, dass ein Teil seiner Mitglieder künftig unter allen britischen Bürgern ausgelost würde. Unlängst ist der Vorschlag im Kontext einer Bilanz der englischen Verfassungsreformvorschläge neu aufgegriffen worden.

ISBN 978-3-593-38729-1, S 413 f

Die vorangegangenen Überlegungen sind nicht neu, denn der „**Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen**“ (WBGU) hatte bereits im Jahr 2011 in seinem Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ die Einrichtung einer Zukunftsammer empfohlen:

„Um Zukunftsinteressen institutionell zu verankern, empfiehlt der WBGU zu erproben, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren um eine deliberative „Zukunftsammer“ zu erweitern. Um interessens- und parteipolitische Einmischung zu vermeiden, könnte die Zusammensetzung dieser Kammer beispielsweise durch Losverfahren ermittelt werden.“

Quelle: Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, S 10 f



1.) Tamara Ehs & Stefan Vospennik (2020): Demokratie aus Perspektive der BürgerInnen. In: Reinhard Heinisch (Hg.): Kritisches Handbuch der österreichischen Demokratie. Wien: Böhlau, S 81

2.) Herbert Dachs (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie. In: Forum Politische Bildung: Jugend – Demokratie – Politik. Informationen zur Politischen Bildung 28, S 24

Wenn nach Hans Kelsen nicht das Volk, „sondern die Republik und ihre Institutionen“¹ souverän sind, und solange in der pluralistisch-repräsentativen Demokratie die „Herstellung von Repräsentativität und die Maximierung von Kontrolle [...] wichtiger [sind] als die Ausweitung der Partizipation des einzelnen Bürgers, der einzelnen Bürgerin“², sind die Institutionen der Republik auf ihre partizipative Gewährung von politischer Teilhabe zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Desgleichen Jean Jacques Rousseau: „Das englische Volk wähnt frei zu sein; es täuscht sich außerordentlich; nur während der Wahlen der Parlamentsmitglieder ist es frei; haben diese stattgefunden, dann lebt es wieder in Knechtschaft, ist es nichts.“

Unterwegs zu mehr politischer Teilhabe

Ob es für diese Anpassungsleistung wieder ein „Lichtermeer“ braucht als Gründungsimpuls oder doch „nur“ so etwas wie eine „Pass Egal Wahl“ in der Form eines Demokratie-Festivals als bewusstseinsbildende und transitionsbeschleunigende Institution? In jedem Fall braucht es mehr Partizipation als ergänzendes Korrektiv zur Parteidemokratie. Denn was hat sich in 30 Jahren SOS Mitmensch geändert? Bereits zur Zeit des Lichtermeers ließ sich die „Große Koalition“ [...] von Jörg Haider vor sich hertreiben, und nicht wenige in ihren Reihen fanden selbst Gefallen an den leichten Punkten, die man mit diesem Populismus machen kann“, so der ehemalige Ko-Initiator Helmut Schüller in seinem Resümee 30 Jahre danach. Mittlerweile hat sich dieser Gefallen am Populismus weiter ausgebrettet und nimmt ganze Regierungen in Beschlag. Ohne entsprechende (birepräsentative) Mitregierung durch die Vielen werden sich auch deren angestrebten Ziele - siehe beispielsweise Klimarat – nicht oder nur in Einzelfällen erreichen lassen. Helmut Schüller:

„Denn so, wie es aussieht, ist es noch einigermaßen weit zu einer Politik für Geflüchtete, die ihr Maß an den Menschenrechten nimmt.“

La maison de la Citoyenneté se présente comme le lieu où s'exercent les fonctions essentielles de la démocratie : la délibération, l'élaboration et la coproduction avec les habitants, la décision politique et l'implication citoyenne. Elle est aussi le lieu de célébration des mariages.

Quelle: <https://www.ville-ingersheim.fr/ville/une-ville-engagée/la-maison-de-la-citoyenneté>

Die resiliente Demokratie mag solidarischer sein, doch wenn die 30 Jahre währende Arbeit einer seit Beginn ihres Bestehens von zahlreichen Testimonials unterstützten Organisation kaum Fortschritte erzielt, wie schwierig ist es erst, wenn am „Herzen der Demokratie“ (V. Reybrouck, a. a. O., S 121) operiert wird, um dieses Ziel zu erreichen? Van Reybrouck weiter: „Das war etwas anderes, als die Bürger über Windräder oder Maiskolben mitreden zu lassen.“ Und so kommt auch er vor seiner (lesenswerten!) Analyse des „lehrreichen“ Scheiterns einiger Projekte zu der Erkenntnis: „Demokratische Erneuerung ist ein langsamer Prozess.“ (S 127) Bevor er dann (endlich) doch noch über ein vorbildhaft-positives Beispiel aus Island (ab S 130, hier nachzulesen ab S 104) berichtet, fragt er sich wie viele andere auch: „Als heftigste Gegner erweisen sich immer wieder politische Parteien und kommerzielle Medien. Das Phänomen ist weit verbreitet und faszinierend. Woher diese Bissigkeit?“ (S 129)

Die komplexen Krisen unserer Gegenwart fordern die repräsentative Demokratie heraus. Viele Menschen haben das Gefühl, sie könnten nichts ändern, werden nicht ausreichend gehört oder strukturell daran gehindert, sich einzubringen.

Teilhabe statt Machtgehave

Progressive gesellschaftliche Transformation gelingt nur, wenn alle mitgenommen werden. Die Prämisse unserer Arbeit: Alle Menschen sind Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt, werden in dieser Rolle aber zu wenig angesprochen. Für die Demokratie der Zukunft muss ein neues Verhältnis zwischen Bürger*innen und Politik etabliert werden.

Quelle: <https://offenegeellschaft.org/manifest>

UNIVERSITÄT HAMBURG



Titel – Thesen – Promotionen

Wäre es besser, politische Ämter zu verlosen?

27. April 2022, von Christina Krätzig



Foto: privat

Würden die Abgeordneten des Bundestags ausgelost, wäre dessen Zusammensetzung repräsentativ für die Gesamtbevölkerung als es heute der Fall ist, sagt Julia Jakobi, die im DFG Graduiertenkolleg „Kollektives Entscheiden“ promoviert.

Quelle:
<https://www.uni-hamburg.de/newsroom/forschung/2022/0427-lottokratie.html>

Fazit

Schließlich lautet sein Plädoyer: „Wir müssen heute hin zu einem *birepräsentativen Modell*, einer Volksvertretung, die sowohl durch Abstimmung als auch durch Auslosung zustande kommt. Beide haben schließlich ihre Qualitäten: die Sachkompetenz von Berufspolitikern* und die Freiheit von Bürgern, die nicht wiedergewählt zu werden brauchen. Das elektorale und das aleatorische Modell gehen also Hand in Hand.“ (S 161)

Am Ende seiner Beschreibung des *sortition based government system* von Terrill Bouricius weist Van Reybrouck darauf hin, dass die Zeit "allmählich reif" ist für die Phase 4: "um eine gewählte Kammer in einem Zweikammersystem zu ersetzen". (S 154)

*| Siehe Heinz Fischer im ZiB2-Interview über die Vorteile juristischer Qualifikation von Abgeordneten als *verteidigende* Antwort auf die Frage nach der Repräsentativität des Parlaments als Volksvertretungsorgan, denn Armin Wolf entdeckte bei seinen Recherchen nur noch *einen Arbeiter*. Zuletzt wurde auch noch über die Sinnhaftigkeit eines (kaum wahrgenommenen) Bundesrates mit nur wenigen Kompetenzen diskutiert.

Literaturhinweise und allgemeine Informationen:
Demarchie, Mitglieder des Netzwerks
Democracy R & D, im Kapitel "Blaupause für eine auf dem Losverfahren basierende Demokratie" stellt David Van Reybrouck das Konzept des amerikanischen Forschers Terrill Bouricius vor



Paris wird die weltweit erste Großstadt mit einem ständigen Bürgerrat. Das hat der Stadtrat der Seine-Metropole am 14. Oktober 2021 beschlossen. Der Bürgerrat wird aus 100 zufällig gelosten Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt bestehen. Diese sollen nach Geschlecht, Alter, Wohnort und Bildung ein Abbild der Pariser Bevölkerung sein.

Ziel des Bürgerrates ist es, "die Pariserinnen und Pariser dazu zu bringen, sich wirklich an den politischen Entscheidungen in der Hauptstadt zu beteiligen", heißt es im Rathaus. Das neue Gremium, das einmal im Monat zusammentritt, soll im November 2021 seine Arbeit aufnehmen.

Folge der Gelbwesten-Proteste

"Das Projekt ist schon seit einiger Zeit in Planung", erklärte Anouch Toranian, Beauftragter des Pariser Bürgermeisters für Bürgerbeteiligung. Seit 2019, um genau zu sein. Damals, mitten in der Krise um die Gelbwesten, wurde in einer Bürgerbefragung, die nach einer Art "großer Debatte" auf Pariser Ebene organisiert wurde, die Schaffung eines Gremiums gefordert, das den Bürgern die Möglichkeit geben sollte, an der Gestaltung der Politik mitzuwirken.

"Wir befinden uns in einer sehr angespannten Situation mit einer Rekordzahl an Nichtwählern und einem großen Misstrauen in der Gesellschaft gegenüber den Institutionen, daher war es der richtige Zeitpunkt, diesen Bürgerrat einzuberufen", meint der gewählte Vertreter des 15. Arrondissements.

Vorbild Ostbelgien

Das Pariser Modell wurde von einem bereits seit 2019 in Ostbelgien praktizierten Verfahren inspiriert, geht aber in Bezug auf die Kompetenzen des Bürgerrates noch weiter.



Friedensforscher Karl Kumpfmüller (2012):

„Die Gesellschaft ist soweit! Wir werden in den tagtäglichen Themen im Fernsehen damit konfrontiert. Wer nicht soweit ist, ist die politische Klasse. Wir haben in der derzeitigen Demokratie eine Repräsentation von Mächten und

Gruppen, die von Partikularinteressen bestimmt ist, daher kommen sie nie zu gemeinsamen, schon gar nicht zu globalen Lösungen. [...]

Es bilden sich bereits überparteiliche Bewegungen, da wird's eine Revolution geben. Denn die politische Kontrolle funktioniert nicht. Es muss Formen der unmittelbaren Demokratie geben, der oberste Souverän, das Volk, muss die Kontrolle haben.“



Demokratie »von unten«: Die Bedeutung des Hambacher Fests für den 1848er Julius Fröbel

Von Annika D'Avis

Das Hambacher Fest ist eines der bedeutendsten Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte. Mit den Ideen von Presse- und Meinungsfreiheit, Volksouveränität, nationaler Einheit und (Geschlechter)Gleichheit gilt es nicht nur als Wegbereiter der Demokratiebewegung, sondern beeinflusste auch direkt die Vorreiter der 1848er Revolution.

Demokratie »von unten« durch institutionelle Innovationen

In seiner politischen Karriere setzte sich Fröbel für Grundideen ein, die er bereits 1847 in seiner Publikation »System der sozialen Politik« darlegte und welche von den Forderungen des Hambacher Festes beeinflusst wurden. Er sieht Demokratie als historische Notwendigkeit und nicht mehr aufzuhaltendes Regierungssystem. Demokratie garantiert für ihn individuelle Freiheit und ge-

Quelle: <https://www.uni-koblenz-landau.de/en/peace-academy/media-folder/brochure-hambach-festival>, S 50 f

sellschaftliches Miteinander auf zivilisierter, freiheitlicher Basis. Die erste Säule seiner Demokratiekonzeption stellt folglich die Freiheit und Gleichheit aller Bürger_innen dar, wobei Fröbel bereits explizit für die politische Emanzipation der Frauen eintritt. Fröbel erachtet alle Menschen als gleichermaßen befähigt oder lernfähig für politische Partizipation, sodass er gleiche Beteiligungschancen auf kommunaler sowie nationaler Ebene fordert.

Volksouveränität ist eine weitere Säule seiner Demokratietheorie. In Anlehnung an Rousseau ist für Fröbel das Volk der gesetzgebende Souverän. Regeln und Gesetze müssen dabei durch Mehrheitsentscheide verabschiedet werden, denen eine inklusive gesellschaftliche Debatte aller Bürger_innen vorauseht. Für die gesellschaftliche Diskussion und die direkte politische Partizipation aller Bürger_innen schreibt Fröbel Institutionen fest, welche aus heutiger Perspektive als »innovativ« gelten dürfen: Föderale Versammlungen und Gemeindeselbstverwaltungen sollen die kommunale Teilhabe sicherstellen. Partizipation begrenzt Fröbel jedoch nicht auf die Gemeindeebene, sondern weitet sie mit der Idee einer »Uversammlung« auf die nationale Ebene aus. Als verfassungsgebende Institution ist auch die Uversammlung als breite Deliberationsplattform zwischen Bürger_innen gedacht. Demokratie floriere nur »von unten«: Die Volksouveränität müsse von der Mikro- bis zur Makroebene verankert sein. Dafür steht auch das Hambacher Fest.

Parlamentarische Enquête des Bundesrates

Dienstag, 9. April 2013

(XXIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

„Mehr direkte Demokratie, mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern und Gemeinden“

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Wir kommen nun zu Modul 2: Praxis und neue Instrumente.

Ich darf nun Herrn Dr. Manfred Hellrigl vorstellen, den Leiter des Zukunftsbüros beim Amt der Vorarlberger Landesregierung.

Herr Dr. Manfred Hellrigl hat an der Universität Salzburg Politikwissenschaft studiert. Seit 1999 leitet er das Büro für Zukunftsfragen der Vorarlberger Landesregierung. Sein Hauptfokus liegt dabei auf der Frage, wie man Menschen in Gemeinden und Regionen dafür gewinnen und dabei unterstützen kann, sich im Rahmen von gesellschaftspolitischen Veränderungsprozessen aktiv zu engagieren und konstruktiv einzubringen.

Bitte, Herr Dr. Hellrigl.

„Das Modell der Vorarlberger Bürgerräte“

11.09

Referent Dr. Manfred Hellrigl (Amt der Vorarlberger Landesregierung, Büro für Zukunftsfragen): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Freude und Ehre, dass ich Ihnen heute dieses Modell der Vorarlberger Bürgerräte vermitteln kann. Ich möchte dazusagen, dass das keine Vorarlberger Erfindung ist. Die Bürgerräte kommen aus den USA. Sie heißen im amerikanischen Original Wisdom Councils, Weisheitsräte.

Das Spannende ist, dass dieses Modell erst dann den Durchbruch erfahren hat, als es eine Kombination gegeben hat zwischen zivilgesellschaftlicher Einbindung und einer Landesregierung, einer Landesverwaltung, die sich dieses Instruments bedient hat. Davor haben sich diese Bürgerräte eigentlich nicht durchgesetzt. Das ist, finde ich, eine ganz interessante Hypothese: dass, wenn wir Bürgerbeteiligung stärken wollen, es unbedingt dieses Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen braucht; aber der Reihe nach.

Quelle: https://www.parlament.gv.at/PAKET/VHG/BR/VER-BR/VER-BR_00025/fnameorig_302315.html

Nachzulesen auch im Webarchiv

Am Schluss seiner Ausführungen hatte der Referent Dr. Manfred Hellrigl als damaliger Leiter des Zukunftsbüros beim Amt der Vorarlberger Landesregierung (seit 2020 „Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung“) darauf hingewiesen, „dass es einen Flaschenhals gibt bei den Bürgerräten, einen Engpass, eine kritische Stelle. Die kritische Stelle ist nicht, wie wir ursprünglich gedacht haben, die Bürgerin oder der Bürger – dass diese also vielleicht nicht reif oder nicht fähig sind, diese Methoden zu benutzen –, sondern unsere Erfahrung hat gezeigt, dass es eigentlich die Entscheidungsträger sind. Es ist vor allem die Politik gefordert, ein bisschen loszulassen und Freiräume zu schaffen, wo die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich am politischen Spiel, am politischen System zu beteiligen und sich aktiv einzubringen. Da muss Vertrauen gebildet werden. Vertrauen entsteht durch Erfahrung, und ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns mit einer wachsenden Zahl von konkreten Beispielen von Bürgerräten gelingen kann, dieses Vertrauen aufzubauen. – Vielen Dank. (Beifall.)“

Vom damals, von Edgar Mayer im April 2013 angekündigten Versuch, die in Vorarlberg und auch anderswo gemachten Erfahrungen mit Bürgerräten über den Arlberg zu

transportieren, wurde auch im Mai 2022 nichts bemerkt, als in Bregenz eine 20-köpfige Delegation von „[Bundesrat im Bundesland](#)“ zu Gast war.



[Siehe auch Hinweis auf die verfassungswidrige „Volksgesetzgebung“ in diesem Blogbeitrag.](#)

Ebenso wie Unrecht benötigt auch eine „[Demokratie als Dystopie](#)“ Widerstand! Um ein weiteres „Auseinanderdriften der Gesellschaft“ (S 12) zu vermeiden braucht es „mehr und neue Formen der Partizipation“ (S 13). Herkömmliche [Bildung](#) ist zu wenig, denn sie allein kann keine meritokratische Gesellschaft auf ihrem liberalen Weg zur Erbaristokratie vor dem [Ende des Gemeinwohls](#) bewahren (siehe [Molander/Sandel](#)).

Feste entführen in alte, fremde und neue Wirklichkeiten

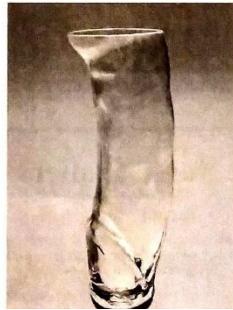
Wie entkommen wir dem Alltag? Das MAK in Wien zeigt Hilfsmittel: Prunkschlitten, Porzellanfiguren oder spezielle Gläser.

HEDWIG KAINBERGER

WIEN. Ein Fest entzieht uns der Normalität. Es ruhen Alltag und Routine, wenn es etwas zu feiern gilt – und sei es, dass man nur innehält und ein Glas zum „Prosit“ erhebt und einen Wunsch ausspricht. Feste laden zu einem Ausnahmezustand“, stellt die Kulturschaffterin Brigitte Felderer fest. Sie hat jene Ausstellung kuratiert, mit der das Museum für angewandte Kunst (MAK) in Wien seine Sammlung auf raffinierte Weise durchkämmen und klug präsentieren

des Themas deutlich – so riesig, dass dies keine Ausstellung bewältigen kann. Allein deshalb ist „The Fest“ im MAK so anregend: Je mehr man darüber nachdenkt, umso weiter lässt sich das Thema spannen.

So bedient der Ausnahmezustand eines Festes vor allem zwei Extreme: Zum einen werden politische und gesellschaftliche Ordnungen behauptet und gefestigt. Das gilt etwa für die im Jahreskreis streng geordneten kirchlichen Feste, die in der Ausstellung allerdings ausgespart sind, oder für Festakte einer monarchischen Herrschafts- und klug präsentieren



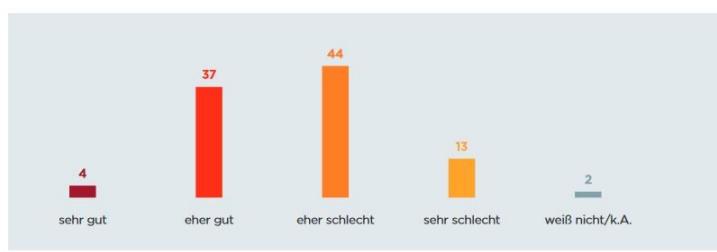
Faschingsgschnas über die ausgelassene Party bis zum Künstlerfest.

Erstaunlich ist der Wandel: Der jährliche Aufmarsch zum 1. Mai ist längst eine jährlich wiederkehrende Selbstvergewisserung von SPÖ und Gewerkschaft geworden, also eine Betonung des fortbestehenden Status quo. Hingegen erinnert die Ausstellung an die ersten Feiern zum

Zwettler Tafelaufsatzen aus den 1760er-Jahren ebenso zur Geltung wie an Champagnergläsern – einer könischen Schale von Oskar Strnad, einem übergrößen, wuchtigen Stampf von Karl Schwanzer, einer von farblosen Bändern und Knoten durchzogenen Glasflöte von Koloman Moser oder, 100 Jahre später, einem verworckelten Ebenmaß von Kendell Geers.

Der Zeitrahmen spannt sich von der Renaissance – stellvertretend wird das Spektakel zur Hochzeit von Erzherzog Karl II. und Maria Anna von Bayern 1571 aufgerollt – über Weihnachtssatzen der 1960er

ABB. 5: GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT IN ÖSTERREICH



Kritischer als der Durchschnitt bewerten den Zusammenhalt Menschen, die auch Zuwanderung negativ gegenüberstehen, Frauen, mittlere und höhere Altersgruppen, Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, Befragte im ländlichen Raum sowie Personen ohne religiöses Bekenntnis.

Quelle: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OeIF-Integrationsbarometer-2-2022-final_web_1_.pdf, S 13

Kommentar

Vielleicht helfen uns **breitenwirksame***, konkret vorbereitende und zeitlich **wiederkehrende Demokratie-Festspiele** in die **Gänge zu kommen**, wenn es darum geht, darauf zu **wetten**: „Der Ausweg aus der **Demokratiekrise** wird nicht in den politischen Parteien** gefunden, sondern an Universitäten, in Arbeitskreisen und in Kooperationen, zB mit den **Sozialpartnern**.“

* | Das Losglück könnte genausogut über die Teilnehmenden an den jährlich stattfindenden Demokratie-Festspielen entscheiden.

** | Es sei denn, diese verfolgen wie die 2017 gegründete „Demokratie in Bewegung“ dasselbe Ziel: „**Wichtig ist es, zu Anfang ein birepräsentatives System zu schaffen.**“ (S 16)

Nachwort

„Wechselseitige Kontrolle der Macht und kollektive Hervorbringung von Sinn: Das entscheidende Problem ist die kontinuierliche Beteiligung der größtmöglichen Zahl an Akteuren an den – immer wieder neuen – Definitionen der Gesellschaft: Das zu erkennen heißt deutlich zu machen, dass sie an den Stellen der Gesellschaft präsent sein müssen, an denen die für die Gesellschaft wichtigen Entscheidungen fallen und wo das entsteht, was ihr Sinn verleiht.“



Es geht um kontinuierliche Präsenz dort, wo die wichtigen Entscheidungen fallen und um die kollektive Hervorbringung von Sinn

Georges Balandier,
zitiert in: Jean Ziegler, *Ändere die Welt!*,
München: Penguin, 2015, S 251

Das Glasperlenspiel

ARGE Gemeinwohlcontrolling
MIND THE GAP

Stellen wir uns einmal vor, wir Spieler würden einige Zeit mit geringerem Eifer arbeiten, die **Spielkurse für Anfänger** würden langweiliger und oberflächlicher, in den Spielen für Fortgeschrittene würden die Fachgelehrten das lebendig pulsierende Leben, die geistige Aktualität und Interessantheit vermissen, unser großes Jahresziel würde zwei-, dreimal nacheinander von den Gästen als leere Zeremonie, als **unlebendig**, als altmodisch, als zopfisches Relikt der Vergangenheit empfunden – **wie rasch wäre es da mit dem Spiel und mit uns zu Ende!**

Hermann Hesse, in:
Das Glasperlenspiel,
ISBN 978-3-518-36579-3, S 253



Uwe Mattheiß ordnet eine #Zeitenwende im #Kulturbetrieb. Ihm zufolge "wären tatsächlich Konzepte gefragt, [...] mit denen eine **proaktiv in institutionelle Verhältnisse eingreifende #Kulturpolitik** die traditionelle Hochkultur auf ihrem Blindflug durch den gesellschaftlichen Wandel gerade noch vor der Bruchlandung bewahrt."

In der Begegnung "unterschiedliche[r] Milieus einer Gesellschaft" liegt "das politische Moment und die verbliebenen Aufgaben des #Theaters."



In diesem Sinne ist vermutlich auch [Uwe Mattheiß](#) zu verstehen.

Und damit sind wir schließlich schon sehr nahe an den Überlegungen zur Etablierung von [Demokratie-Festspielen](#) an unterschiedlichen Orten.

Dieser QR-Code führt zur Quelle dieses Dokuments:



f.d.I.v.: Arno Niesner, Liebenauer Hauptstraße 95d/5, A-8041 Graz